DR. MATTHIAS MIERSCH
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SPD Fraktion im Bundestag

An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 24. Juni 2025

Politischer Bericht
für die Sitzung der Bundestagsfraktion am 24. Juni 2025

Inhalt

1. ZUR LAGE 2

2. …WAS SONST NOCH WICHTIG IST IN DIESER WOCHE: 4

Funklöcher endlich schließen – Mobilfunk und Glasfaser schneller ausbauen.... 4

Für mehr Bildungsgerechtigkeit im Ganztag: Länder und Kommunen bekommen mehr Zeit 4

Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts 4

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten 5

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN **TELEFON** (030) 227-73731

1. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenige Wochen nach der Vereidigung unserer Ministerinnen und Minister legen wir jetzt richtig los. Wir bringen das Land auf Touren.

Schub für Deutschland

Die Bundesregierung hat heute den Haushalt für das laufende Jahr und auch das Sondervermögen über 500 Milliarden Euro beschlossen. In dieser Woche beschließen wir im Bundestag endgültig den Investitionsbooster. All das wird unserem Land den nötigen Schub geben. Das schafft Planungssicherheit für Unternehmen, gibt den Startschuss für Investitionen, lässt Bagger rollen – und Arbeitsplätze entstehen. Wir sorgen damit nicht nur für wirtschaftlichen Aufbruch, sondern steigen auch in die Senkung der Energiepreise ein. Das entlastet Haushalte und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts. Noch nie hat eine Koalition so schnell so umfassend in den wirtschaftlichen Neustart investiert.

Entlastung und Gerechtigkeit am Wohnungsmarkt

Wir schaffen Entlastung am Wohnungsmarkt, denn Wohnen ist ein Grundrecht. Über die Hälfte der Menschen in Deutschland leben zur Miete. Zu viele Menschen machen sich jeden Monat Sorgen, ob das Geld fürs Wohnen noch reicht. Deshalb verlängern wir jetzt die Mietpreisbremse – das ist der erste Schritt für besseren Mieterschutz. Und es bleibt nicht dabei: Wir wollen Kurzzeitvermietung, möbliertes Wohnen auf Zeit und Indexmietverträge besser regulieren. Gleichzeitig wollen wir mit dem Bau-Turbo weniger Bürokratie, ein neues Tempo und geringere Kosten beim Wohnungsbau erreichen. So ermöglichen wir schnell mehr Wohnungen und Häuser.

Frieden ist mehr als ein Schweigen der Waffen

Der jüngste Bruch der Waffenruhe zeigt, wie fragil die Lage im Nahen Osten ist. Die mediale Verkündigung eines Waffenstillstands brachte kurzzeitig Hoffnung. Doch wir dürfen nicht den Irrtum begehen, dass Frieden mit einem kurzfristigen Stopp der Gewalt erreicht ist. Denn auch im Gazastreifen geht die Gewalt weiter: Die humanitäre Lage ist unverändert katastrophal, die Hamas hält ihrerseits weiter Geiseln gefangen. Umso wichtiger ist jetzt ein klarer Dreiklang:

Nur durch direkte Verhandlungen und internationale Vermittlung kann aus einem kurzfristigen Waffenstillstand eine echte Perspektive für Frieden werden. Deutschland und Europa müssen dabei Verantwortung übernehmen – auch durch die Fortsetzung der Genfer Gespräche. Der Außenminister setzt hier die richtigen Akzente. Die Achtung des Völkerrechts

(C) PLANUNGSSTAB

und der Schutz der Zivilbevölkerung sind unverrückbare Grundpfeiler jeder Lösung. Militärische Gewalt darf niemals zur neuen Normalität werden. Gleichzeitig gilt: Wer Frieden sichern will, muss auch handlungsfähig bleiben. Mit dem Haushalt 2025, dem Sondervermögen und klarer Zielorientierung beim NATO-Beitrag stärken wir unsere Sicherheit und unsere internationale Verlässlichkeit. Diplomatie braucht Rückhalt - auch militärisch. Das wusste schon Willy Brandt.

Mit solidarischen Grüßen

Euer

Dr. Matthias Miersch

(C) PLANUNGSSTAB
REDAKTIONSSCHLUSS: 24.06.2025, 14 UHR

2. …WAS SONST NOCH WICHTIG IST IN DIESER WOCHE:

Funklöcher endlich schließen – Mobilfunk und Glasfaser schneller ausbauen

Abbruch, keine stabile Verbindung, langsame Datengeschwindigkeit – in Deutschland gibt es immer noch zu viele Funklöcher und Gebiete mit unzureichender Netzabdeckung. Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren bremsen den schnellen Ausbau, das ändern wir jetzt: Glasfaser- und Mobilfunkausbau bekommen die Priorität, die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu Recht erwarten – wir definieren den Ausbau als überragendes öffentliches Interesse und geben ihm damit einen wichtigen Schub. Für Netzverbindung statt Funklöcher, Glasfaser, das mehr Tempo macht und eine Verbindung für alle – gerade auch auf dem Land.

Stichwort: Telekommunikations-Änderungsgesetz

Für mehr Bildungsgerechtigkeit im Ganztag: Länder und Kommunen bekommen mehr Zeit

Damit der Ausbau der Ganztagsbetreuung auch trotz Fachkräftemangel und Lieferengpässen voranschreiten kann, geben wir Ländern und Kommunen mehr Zeit, die Bundesmittel von 3,5 Milliarden zu verwenden. Die Fristverlängerung für das Ganztags-Investitionsprogramm des Bundes bis 2029 schafft vor Ort Sicherheit, um weiter flächendeckend hochwertige Ganztagsangebote zu schaffen. Wir stärken so Bildungsgerechtigkeit und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Stichwort: Investitionsprogramm Ganztagsausbau

Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts

Mit dem Gesetzentwurf soll die 2024 eingeführte Möglichkeit der beschleunigten Einbürgerung nach 3 Jahren bei guter Integration wieder gestrichen werden. Dies ist ein Kompromiss aus den Koalitionsverhandlungen. Die doppelte Staatsbürgerschaft bleibt erhalten. Dafür wird es die Möglichkeit der beschleunigten Einbürgerung nach 3 Jahren für Menschen mit besonderer Integrationsleistung künftig nicht mehr geben. Von diesen beschleunigten Einbürgerungen gab es nur eine geringe Anzahl an Fällen. Bei allen anderen Einbürgerungen bleibt es weiterhin bei den kürzeren Voraufenthaltszeiten von fünf statt bisher acht Jahren.

Stichwort: Reg.-Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

(C) PLANUNGSSTAB

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten

In den Koalitionsverhandlungen war die Aussetzung des Familiennachzugs ein harter Punkt von CDU und CSU. Auch wenn bekannt ist, dass Integration am besten gemeinsam und innerhalb der Familie gelingt. Ein Kompromiss war nicht einfach, aber notwendig. Der Familiennachzug wird nur zeitlich begrenzt ausgesetzt und gilt nur für den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten. Es gibt eine Härtefallregelung, die in besonderen Notsituationen trotzdem den Nachzug der Familie ermöglicht. Wer Asyl nach Art. 16a des Grundgesetzes und nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhält, wird weiterhin seine Familie nachholen können.

Stichwort: Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

(C) PLANUNGSSTAB